



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Demokratische Bewegungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

thümer und Vorurtheile bekämpfen kann, ohne dabei die Einbildungskraft oder das Gefühl zu Hilfe zu rufen. Dagegen schulden wir der Kirche, und namentlich der protestantischen Kirche, eine große Rücksicht. Sie ist in der That in der Masse des Volks noch immer die Grundveste der Sittlichkeit, und sie ist auf der andern Seite auch ein Hebel für die Freiheit. Die Symbole des Protestantismus sind die unsrigen; er hat seine Rolle in der Weltgeschichte noch nicht ausgespielt, er hat noch immer eine höchst bedeutende Mission zu erfüllen, und wenn wir auch unsere geistige Freiheit durch keinerlei Rücksichten zurückhalten lassen, und wenn wir uns auch bescheiden müssen, in dem Kampf für die menschliche Entwicklung nicht innerhalb der Kirche zu wirken, — denn hier spricht der kategorische Imperativ ebenso bestimmt, wie bei der wissenschaftlichen Forschung — so werden wir doch in den ernstesten Fragen des Lebens mit ihr Hand in Hand gehen und werden unsererseits alles vermeiden müssen, was ihre Integrität und Festigkeit irgendwie untergraben könnte.

Demokratische Bewegungen.

Rußland, Deutschland und die östliche Frage. Von Gustav Diezel. — Stuttgart, R. Göpel. —

Grundsätze der Realpolitik, angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. — Stuttgart, R. Göpel. —

Es gibt für den Augenblick keine unerfreulichere und langweiligere Beschäftigung als die sogenannte Tagespolitik. So fest wir davon überzeugt sind, daß die orientalische Frage den Knotenpunkt der allgemeinen europäischen Verwickelungen bildet, und daß also an sie auch Deutschlands Verhängniß mit tausend unzerreißbaren Fäden sich knüpft, so finden wir uns doch in der unangenehmen Lage, uns dieses Verhängnisses bewußt zu sein, und dabei kein Mittel zu kennen, wie wir ihm entgehen, wie wir ihm eine andere Wendung geben könnten. Der Nation ist eine unmittelbare Betheiligung versagt, und wenn wir auch die Handlungsweise der Großmächte mit derselben Aufmerksamkeit wie ein Schachspiel verfolgen, so bleiben uns doch die Züge unverständlich, denn sie setzen bei dem einen Spieler entweder eine absolute Rathlosigkeit voraus, oder eine Weisheit, die über allen menschlichen Begriff geht. Was zur Kritik der Interessen, die Deutschland an der orientalischen Frage zu nehmen hat, gesagt werden kann, ist bereits gesagt worden, und *exceptis excipiendis*, d. h. mit Ausnahme der Kreuzzeitung, ist auch alle Welt einer Meinung. Wir wissen alle sehr genau, daß es im Interesse Deutschlands und der deutschen Großmächte liegt, mit den beiden westlichen Mächten gemeinschaftlich gegen Rußland Front zu machen, und wir wissen, daß

das wenigstens vorläufig sicher nicht geschehen wird, denn wenn man uns auch erzählt, daß sich die vier Mächte jetzt in der That verständigt haben, so heißt das doch nicht gemeinschaftlich Front machen, wenn man gemeinschaftlich der drohenden Gefahr den Rücken wendet.

Wenn wir also nicht in der Lage sind, zur Erledigung dieser augenblicklichen Frage einen irgend nennenswerthen factischen Beitrag zu liefern, so scheint es nicht unzumuthig, jetzt die Aufmerksamkeit wieder den allgemeinen politischen Fragen zuzuwenden, die zwar die augenblickliche Wirksamkeit ausschließen, die aber doch besprochen sein wollen, da nur durch ihre Erledigung eine öffentliche Meinung in der Nation, also eine factische Macht, gebildet werden kann. Daher halten wir es für unsere Pflicht, sehr sorgfältig die theoretischen Bewegungen zu verfolgen, die in der Demokratie vorgehen, d. h. nicht etwa in der sogenannten demokratischen Partei, an deren Existenz wir noch immer zweifeln, sondern in der Masse der Staatsbürger, die sich an dem unmittelbaren politischen Leben Deutschlands in den letzten Jahren nicht theilgenommen haben. Sie sind in Beziehung auf theoretische Untersuchungen insofern im Vortheil, als sie nicht durch unmittelbare Interessen und Voraussetzungen gebunden werden. Die beiden Schriften, die wir oben angezeigt haben, sind in einem Sinn geschrieben, der den Voraussetzungen der historischen Demokratie unbedingt widerspricht. Trotzdem nennt sich der erste ein Demokrat, und der zweite läßt es wenigstens unbestimmt, ob er nicht gleichfalls dazu gehört; auf keinen Fall gehört er zu irgend einer von den Parteien, die sich innerhalb des jetzigen Staatslebens bewegen.

Auf Herrn Diezel sind wir schon mehrmals gekommen. Abgesehen von der herausfordernden Form, die er seinem ersten Werke gegeben hatte, und die von unserer Seite eine sehr ernste Zurechtweisung nöthig machte, hatten wir zweierlei an ihm zu tadeln, einmal die Neigung zu künstlicher Construction der Geschichte, die von einer vorgefaßten Idee, von einer aprioristischen Methode ausgeht, sodann die Ungeduld des Urtheils, die alle Thatfachen verleugnet, wenn sie der vorgefaßten Meinung widersprechen. Aus seiner Methode, die Vermischung der Racen zu einer Nation als organische Grundlage ihrer weiteren Entwicklung zu benutzen und die Racen mit allgemeinen abstracten Principien zu identificiren, war eine ganz sonderbare Darstellung der französischen Geschichte hervorgegangen, die sich an einen beständigen und fortdauernden Gegensatz zwischen dem celtomanischen Princip und dem germanischen knüpft, und die mit dem Sieg des erstern und infolge dessen mit der vollständigen Auflösung des französischen Organismus schließt. Ein Irrthum, der weniger aus jenen historisch-philosophischen Conjecturen, als aus der gerechten Mißstimmung über die gegenwärtige Lethargie der Franzosen dem Bonapartismus gegenüber zu erklären ist. Aber wenn wir auch gern zugeben wollen, daß die gegenwärtige innere Politik der Franzosen einen sehr kläglichen Eindruck macht, wie denn überhaupt in dieser Art Politik

die Franzosen von jeher Stümper gewesen sind, so ist es doch eine ganz unergreifliche Verblendung, die Lebenskraft eines großen, mächtigen Volks lediglich in seiner Fähigkeit für die innere Politik zu suchen. Solange die Franzosen die erste Landmacht Europas sind, solange sie alle von einem nationalen Enthusiasmus bewegt werden, der in Augenblicken gemeinsamer Gefahr alle kleinen Zwistigkeiten vergessen läßt, solange jenes Organisationstalent in ihnen lebt, das sich in jede neue Lage rasch zu schicken, jede neue Lage zu beherrschen weiß, solange sie endlich eine Literatur besitzen, die an Formstimm, an Energie des Gefühls und auch an Verstand sich wenigstens jeder andern Literatur ebenbürtig an die Seite stellen kann: — solange ist es gradezu lächerlich, von der Abgestorbenheit der französischen Nation zu reden. Es ist wahr, die Verfassung der Franzosen ist gegenwärtig viel despotischer, als irgend eine deutsche Verfassung, und die ganze Nation trägt die Mitschuld an diesem Verhängniß; aber trotzdem ist das individuelle Leben in Frankreich immer noch viel freier, stolzer und elastischer, als in Deutschland, und die Macht Frankreichs ist noch viel größer, als die Macht sämmtlicher deutschen Staaten. Wir waren früher in einem lächerlichen Cultus des französischen Wesens befangen, es wäre aber sehr thöricht, wenn wir jetzt in das entgegengesetzte Extrem verfallen und unsere Augen vor den Thatfachen verschließen wollten.

Herr Diezel lebt noch immer in diesem Irrthum. Für ihn ist Frankreich eine Null und bei der Entwicklung der europäischen Verhältnisse gar nicht in Rechnung zu bringen. Ebenso überschätzt er noch immer die Macht Englands. Wenn er doch nur die traurige Rolle überlegen möchte, die England unter Karl I. und Karl II. gespielt, und die es doch nicht verhindert hat, in beiden Fällen unmittelbar darauf die erste Macht Europas zu werden. Völker leben länger und können mehr Mißgriffe und Fehler ertragen, als Individuen. Das gegenwärtige Verhalten Englands in der türkischen Frage muß wol jeden Verehrer Englands irre machen; denn es ist hier nicht von den zufälligen Mißgriffen eines einzelnen Ministeriums die Rede. Man denke an die gegenwärtige Lage Englands im Innern. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber, die beinahe gleich sind, und die gezeigt haben, daß sie nöthigenfalls auch ihre Principien über Bord werfen, wenn sie dadurch die Herrschaft erlangen oder behaupten können. Die eine bewacht sehr aufmerksam alle Mißgriffe der andern, um sie augenblicklich stürzen und sich an ihre Stelle setzen zu können; die regierende Partei ist noch dadurch abhängiger vom Volkswillen, daß sie sich im Parlament auf die Radicals stützen muß, die nur darum mit ihr gehen, weil sie den Tories noch abgeneigter sind. Trotz dieser eigenthümlichen Lage ist weder von Seiten der parlamentarischen Gegner und der zweifelhaften parlamentarischen Verbündeten noch außerhalb des Parlaments irgend ein ernstlicher Versuch gemacht worden, das Ministerium zu stürzen, dessen Politik doch keinen Zweifel mehr zuläßt, wenn man es in der

Presse auch heftig genug getadelt hat. Lord Aberdeen weiß also recht gut, daß die öffentliche Meinung in England sich nur scheinbar gegen ihn wendet, daß auch in ihr die kleinen Interessen über das Nationalgefühl das Uebergewicht haben und das ist ein schlimmes Zeichen für einen so stolzen Staat.

Wenn wir aber von diesen beiden Rechnungsfehlern absehen, so können wir Herrn Diezel nur loben. Zwar macht er auch damit den Anfang, seine gewöhnliche Methode des Racengegensatzes auf die Bildung des russischen Staates in Anwendung zu bringen, aber er läßt sie sehr bald fallen und geht von den wirklichen Thatsachen der Politik aus. Seine Schrift ist mit offenkundiger Bezugnahme auf Bruno Bauer abgefaßt, den er in allen Punkten auf das glänzendste widerlegt. Zwar hätte er auch hier besser gethan, seine Neigung zu Verallgemeinerungen zu unterdrücken, er hätte über die slavische Nationalität nicht so ohne weiteres den Stab brechen sollen, da die Versuche, welche die Weltgeschichte mit ihr anstellt, noch keineswegs am Ziele sind; aber die specifisch russischen Verhältnisse, die Art, wie Rußland sich der germanischen Cultur bedient hat, und sein Verhältniß zur Türkei ist mit großem Scharfsinn und völliger Naturwahrheit dargestellt. Wir stimmen fast mit allem Einzelnen überein, und geben auch die Anwendung zu, die Herr Diezel von der orientalischen Frage auf Deutschland macht. „Wenn der Gegensatz gegen Rußland der Nation nicht zum Anlaß wird, sich zusammenzufassen und aus der Zersplitterung zu einem neuen nationalen Leben zu gelangen, dann ist diese Hoffnung für ewige Zeiten eine Chimäre, und diejenigen haben recht gehabt, welche das Auseinanderfallen Deutschlands und die Verstärkung der Nachbarstaaten durch seine einzelnen Theile geweissagt haben. Dann versinkt der Continent auf Jahrhunderte hinaus in Todesschlaf und im buchstäblichen Sinn und mit reißender Eile erfüllt sich das Wort: „Hin nach Westen flieht die Weltgeschichte.“ — Wenn nur diese ernste Auffassung der Dinge bei Herrn Diezel und seinen Parteigenossen Veranlassung geben möchte, darüber nachzudenken, auf welche Weise Deutschland sich zusammenraffen sollte. —

Mit einer wahren Freude haben wir die zweite Schrift gelesen. Es begegnet den Grenzboten selten, daß sie unbedingt loben können; hier aber wußten wir, einige Schlussfolgerungen abgerechnet, auf die wir später hindeuten werden, nicht das geringste einzuwenden. Die wahrhaftigen Grundsätze der Politik sind mit scharfer Präcision, mit einer vollkommenen Unbefangtheit gegen die Voraussetzungen der Menge, mit einer sorgsamsten Beobachtung der augenblicklichen Verhältnisse und dabei mit einer Kraft und Energie dargestellt, die bei der allgemeinen Neigung unserer Zeit zur Blasirtheit etwas Bewundernswürdiges hat. Freilich soll man nicht erwarten, auf jeder Seite einen neuen Gedanken anzutreffen, der bisher noch niemals ausgesprochen wäre. Die Wahrheit tritt wol immer von Zeit zu Zeit hervor, es kommt nur darauf an, sie in einer schlagenden Form zur Consequenz zu entwickeln und sie der Lüge gegenüberzustellen. Wir

haben keine Vorstellung davon, wer der Verfasser ist; sollte es ein junges Talent sein, das hier zum ersten Mal vor die Oeffentlichkeit tritt, so würden wir die glänzendsten Erwartungen daran knüpfen, denn soviel Besonnenheit und Reife des Urtheils mit soviel Energie des Gefühls verknüpft findet man in Deutschland selten.

Der Grundgedanke des Buchs, der mit großer Consequenz in allen Einzelheiten durchgeführt ist, geht darauf aus, daß das Staatsrecht nichts Anderes sein könne, als die Anerkennung der factischen Verhältnisse. „Nur als Macht ist das Recht zur Herrschaft berufen, d. h. der Herrschaft fähig.“ (Seite 3.) — „Wenn sich die Frage nach der unbedingt guten oder der besten Verfassung nicht gänzlich abweisen läßt, so ist sie doch jedenfalls die allerlezte, welche die Politik aufzuwerfen hat. Die beziehungsweise gute oder die richtige Verfassung ist diejenige, welche alle gesellschaftlichen Kräfte nach ihrem vollen Werth zur staatlichen Geltung kommen läßt. Je inniger der gesellschaftliche Stoff die staatliche Form durchdringt und je vollständiger er sie ausfüllt, desto gesunder ist der politische Körper, auch wenn die äußere Bildung desselben Unregelmäßigkeiten darbietet. Eine falsche Verfassung ist hingegen diejenige, welche den gesellschaftlichen Kräften die politischen Organe versagt, und dadurch die wirksame Verwendung derselben erschwert oder unmöglich macht. Diesen Mißstand pflegt ein zweiter zu begleiten, der nämlich, daß solche staatliche Glieder, aus denen sich die natürliche Lebenskraft zurückzieht, von der Verfassung künstlich gefristet werden. Den umgekehrten Fehler hat die neuere Verfassungspolitik häufig dadurch begangen, daß sie dem Staate im Namen irgend eines Principes oder einer Theorie willkürlich Organe anschaffen, denen kein gesellschaftlicher Krafttrieb entsprach, und die demnach, statt der Lebenshätigkeit des Staats zu dienen, nur wie eine todte Last auf denselben drücken konnten.“ (Seite 5).

Das ist der vollkommen rationelle Ausdruck für das Princip, welches die historische Schule aufgestellt, von dem sie aber eine so unerhört falsche Anwendung gemacht hat. Der Verfasser geht in seinem conservativen Sinn noch weiter. Er sagt vollkommen richtig (Seite 8): „Die politische Größe des Staats ist wesentlich mitbedingt durch eine gewisse Stetigkeit, nicht der staatlichen Formen, sondern der realen gesellschaftlichen Zustände und ihrer Entwicklung. Nur vermöge dieser Stetigkeit wird es möglich, einer bedeutenden Summe gesellschaftlicher Kräfte die einheitliche und unveränderliche Richtung auf einen bestimmten staatlichen Zweck zu geben; nur vermöge dieser Stetigkeit läßt sich die Zeit gewinnen, die unter allen Umständen erforderlich ist, um große und dauernde politische Erfolge zu erringen. Durch krampfhaftes Anstrengung mag allerdings riesige Kraft entfaltet werden, aber die augenblicklichen staatlichen Wirkungen derselben werden eine so flüchtig vorübergehende Ursache schwerlich lange überdauern, es ist vielmehr sehr wahrscheinlich, daß im unausbleiblichen Momente der Er-

Schlaffung mehr verloren werde, als im Paroxysmus gewonnen worden ist, hingegen, wie in der Körperwelt ein langsames Wachsthum ein langes Leben verbürgt, so in der Politik ein mühsamer Erwerb einen dauernden Besitz."

Die Natur dieser gesellschaftlichen Kräfte und ihr verhältnismäßiger Werth für das Staatsleben wird sehr scharfsinnig analysirt. Dann geht der Verfasser auf das Repräsentativsystem über (Seite 19). „Einen politisch giltigen Anspruch auf Vertretung im Repräsentativstaat hat nicht das Recht, nicht das Interesse, nicht die Zahl u. s. w., sondern immer nur die Kraft, welche dem Recht, dem Interesse, der Zahl u. s. w. innewohnt. Die Vertretung eines ohnmächtigen Rechts wird immer ohnmächtig sein, und eine richtige Politik kann sie deshalb niemals wollen. Dasselbe gilt von dem ohnmächtigen Interesse." — (Seite 21) „Ist die Repräsentation nicht der richtige Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfte, so muß das Repräsentativsystem nothwendigerweise zur Lüge werden, denn das wirkliche Leben wird immer den Sieg davontragen über die ihm widersprechende Formel, und wenn sie noch so feierlich in einer Verfassungsurkunde prangt." (Seite 23) „Die Souveränität ist ein Machtbegriff, und wer sie als Rechtsbegriff handhabt, der wird immer zu unhaltbaren Ergebnissen kommen. Souverän ist der Inhaber der obersten Gewalt im Staate, hier der König, dort das Volk, am dritten Ort die Aristokratie. Die Souveränität ist keine, sozusagen eingeborne Eigenschaft, so wenig des Königs, wie des Volks, und nur doctrinäre Willkür mag sie für den einen oder für das andere ein für alle Mal in Anspruch nehmen."

Vortrefflich ist die Kritik des von der historischen Schule, namentlich von Stahl aufgestellten Revolutionsbegriffs. (Seite 31) „Revolution findet überall statt, wo eine neue Thatsache gewaltsam eingreift in den jeweiligen staatlichen Bestand, in die geltende Regel des öffentlichen Lebens. . . . Eine Thatsache ist die Revolution und kein Princip, weder ein gutes, noch ein böses. Aber auch der staatliche Bestand, den die Revolution durchbricht, ist an und für sich lediglich eine Thatsache ohne nothwendigen Zusammenhang mit irgend einem guten oder bösen Princip. Das Recht, die Sittlichkeit, das Gemeinwohl können im Kampfe jener beiden Thatsachen auf der einen oder auf der andern Seite sein; das Urtheil über die Revolution gilt deshalb immer nur für den einzelnen Fall." —

Sehr schön spricht sich der Verfasser darüber aus, daß der Erfolg, so wichtig er auch für das Urtheil über eine Revolution sein mag, nicht das einzige Kriterium sein darf. (Seite 37) „Wo die unbedingte sittliche Pflicht befiehlt, wie wenn es gilt, das Nationaldasein zu retten oder zu rächen, da kommt der Erfolg nicht in Frage, sondern nur die Art und Weise der Vollziehung des Gebotes. Ein solches Unternehmen verlangt zu seiner Rechtfertigung nichts, als den großen Entschluß und die große That. Zaghaftigkeit freilich, kleinliche Mittel und halbe Maßregeln schänden auch den heiligsten Zweck. Wenn aber Numantia, zu schwach,

das römische Joch zu brechen, stark genug ist, um in Blut und Flammen unterzugehen, dann beugt sich die Geschichte in Ehrfurcht an seinem Grabe. Und wehe jedem Versuche, einen solchen Ausgang als Beweis zu mißbrauchen gegen die That!"

Wir können auf die vortrefflichen Einzelheiten natürlich nicht eingehen. Wir gehen sofort zur Besprechung von 1848 über. (Seite 58) „Die Einheitsidee ist historisch geworden — das ist das große Ergebnis des Jahres 1848, welches sich durch kein Mittel der Gewalt oder der Klugheit wieder rückgängig machen läßt. Indem sie historisch geworden, ist die Einheitsidee in das nämliche Stadium der Entwicklung eingetreten, in welchem sich seit einer längern Reihe von Jahren die Entwürfe der innern Reform in den Einzelstaaten befanden. . . . Was der Freiheitstrieb für die Entlastung von Grund und Boden war, das ist der nationale Ehrgeiz für die Einigungspolitik. Kräfte dieser Art spotten jeder Berechnung. . . . Einer Nation zumuthen, daß sie auf die Macht verzichte, deren Elemente sie in ihrem Besitze weiß oder glaubt, ist ungefähr dasselbe, wie einem Manne im Bollgefühl der Lebenskraft ansinnen, daß er den Gedanken des Glücks aufgebe.“

Die bisherigen Versuche, diese Einheitspolitik durchzuführen, sind auf das schlagendste kritisiert. Wir müssen aber auf das Buch selbst verweisen. — Ebenso vortrefflich ist die Kritik der Wahlordnung. Die neuen Theorien der conservativen Partei in dieser Beziehung, die eine künstliche Gliederung des politischen Lebens anstreben, werden mit glücklichem Spott verfolgt. „Es bleibt eine merkwürdige Erscheinung, daß diejenige Partei, welche das historische Recht, die organische Gliederung, das naturwüchsige Staatsleben fortwährend im Munde führt, welche Gesetzgeberei, bureaukratisches Regiment, und mechanische Regierungsweise vom Standpunkt der guten alten Zeit aus nicht hart genug verurtheilen zu können glaubt, daß diese Partei im schreiendsten Widerspruch mit allen jenen Schlagwörtern verlangt, daß das Volk kraft Gesetzes in ein ständisches System wieder eingeschachtet werde, welchem es durch geschichtliche Entwicklung entwachsen ist. Als ein geschichtlich gewordenes hatte das ständische Wesen seine volle Berechtigung; als ein vom Cabinet aus gemachtes ist es eine gegen die Geschichte geübte Gewaltthat.“

In der Kritik des deutschen Constitutionalismus unterscheidet der Verfasser mit sehr richtigem Takt das, was durch die Natur der Sache wirklich geboten war, von dem, was die Doctrinen daraus zu machen strebten. Er erkennt in ihm ein wirkliches Bedürfnis zunächst der Concentration der einzelnen Staaten, dann zur Erweckung des deutschen Nationalgeistes. Er weist nach, daß der Constitutionalismus in der wirklichen, unmittelbar wirksamen Politik keine erheblichen Früchte getragen hat, daß er aber von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung der Parteidisciplin und der öffentlichen Meinung gewesen ist. Wir stimmen mit ihm Wort für Wort überein, und es ist dies für uns auch der Hauptgrund

gewesen, überall für die Entwicklung des constitutionellen Lebens in Deutschland einzutreten; nur möchten wir noch stärker hervorheben als der Verfasser, daß der Constitutionalismus der einzige Weg zur Bildung einer allgemeinen Gesinnung ist, aus der allein die Einigung Deutschlands hervorgehen kann. — Auch was er über die Gothaer Partei sagt, ist vollkommen richtig. Er formulirt als ihren Grundgedanken: „die Staatskräfte Preußens in den Dienst der Revolution zu ziehen, die organisirte preussische Macht zum Werkzeuge der politischen Einigung Deutschlands zu machen.“ Weil sie mit falschen Thatsachen rechneten und zweimal zugestehen mußten, sich getäuscht zu haben, sind sie nach der Ansicht des Verfassers für die Gegenwart unmöglich geworden, ohne daß damit ihre Elemente und ihre leitenden Gedanken für die Zukunft verbraucht wären. Einen Umstand hat der Verfasser bei dieser Kritik vergessen. Der scheinbare Mittelpunkt der gothaischen Partei war allerdings in Frankfurt, aber hier konnte ihre Aufgabe lediglich die sein, die öffentliche Meinung Deutschlands für die Hegemonie Preußens zu gewinnen. Dieser Theil der Aufgabe ist zur Noth gelöst worden, der schwerere Theil derselben bestand aber darin, sich der preussischen Staatskräfte zu bemächtigen. Das konnte von Frankfurt aus nicht geschehen und darum war der Mittelpunkt der Partei nicht in Frankfurt, sondern in Berlin. Die Schuld an dem Scheitern der Parteizwecke fällt nicht auf Gagern und seine Freunde, sondern auf die beiden liberalen Ministerien Camphausen und Auerwald. Mit der Schwäche und Hilflosigkeit dieser beiden Ministerien war eigentlich der Untergang der deutschen Sache schon entschieden, denn unter dem absolutistischen Ministerium war die parlamentarische Partei auf bloße Bitten und Ermahnungen eingeschränkt, sie hatte der Kraft keine Kraft entgegenzusetzen und es war nur durch eine Verkettung der seltsamsten Zufälle möglich, daß man überhaupt noch an die Ausführung der Idee denken konnte. Wenn wir also mit dem Verfasser darin übereinstimmen, daß die Führer der gothaischen Partei für jetzt verbraucht sind, weil sie sowol bei den Regierungen als bei dem Publicum das Vertrauen verloren haben, so müssen wir doch behaupten, daß nicht nur möglicherweise, sondern ganz nothwendig der Partei, wie der Verfasser sie definirt, die Zukunft gehört, und wir werden finden, daß der Verfasser zu dem nämlichen Resultat kommt, ohne es offen auszusprechen.

Auch die Fehlgriffe der Demokratie werden unparteiisch charakterisirt. Sie hat die revolutionäre Bedeutung der Märzereignisse überschätzt, sie hat die eigenen Ansichten, Leidenschaften und Zwecke dem deutschen Volke in Masse untergelegt. „Dieser Fehler hängt zusammen mit dem sonderbaren Glauben an eine selbstständige Macht von Ideen und Principien, die doch alle ihre Macht nur von den Menschen leihen und die vollkommen ohnmächtig sind einem Parlament oder einem Volk gegenüber, welches ihnen, gleichviel ob aus richtiger Erkenntniß oder

aus Irrthum, die Anerkennung verweigert.“ Sie hat ferner aus bloßer Nachäffung der Franzosen sich das Bürgerthum entfremdet, und sich wenigstens dem Verdacht ausgesetzt, als ob sie ihre Politik vorzugsweise auf die Kräfte und Interessen des Proletariats gestellt habe, sie hat endlich das Heer fortwährend auf das tödtlichste beleidigt. „So hat denn die demokratische Partei durch eine Reihe der schwersten, man möchte sagen der unbegreiflichsten Fehler, den Beweis geliefert, daß sie im Jahre 1848 den Umständen keineswegs gewachsen war, daß sie nicht den Beruf hatte, in die damals schwankenden staatlichen Geschicke Deutschlands bestimmend und entscheidend eingzugreifen, sie ist seit jener Zeit mehr und mehr in den Hintergrund getreten, ihre Organisation ist überall zersprengt, ihre Presse ist fast allenthalben zum Schweigen gebracht, die meisten ihrer Häupter sind in die Verbannung zerstreut. Ob unter den Ueberbleibseln der demokratischen Partei als Ersatz für alle jene Einbuße wenigstens das Verständniß der politischen Wirklichkeit und ihrer gebieterischen Forderungen zugenommen habe, das kann nach gewissen Erscheinungen der jüngsten Tage z. B. nach der wiederholten Wahlenthaltung in Preußen für sehr zweifelhaft gelten. Gleichwol hat sich der Glaube an die Zukunft der Demokratie in der Stille mehr und mehr ausgebreitet, selbst nach den Seiten hin, von denen man die Zukunft derselben am meisten fürchtet, und dieser Glaube ist es, welcher der demokratischen Partei zur Zeit jedenfalls größere Dienste leistet, als die eigene Einsicht und Thatkraft.“ —

Wir eilen zum Schluß. Der Kern der deutschen Frage liegt in dem Verhältniß zwischen Oestreich und Preußen. „Preußen muß wachsen, um zu bestehen und Oestreich darf Preußen nicht wachsen lassen, um nicht unterzugehen, das die Sachlage, welche dem Wechselverhältniß zwischen beiden Staaten seinen eigentlichen Charakter gibt.“ An und für sich verfolgt keiner von diesen beiden Staaten deutsche Interessen und kann es auch nicht thun. „Um die östreichische oder die preussische Staatsmacht für den Dienst der deutschen Nationalsache anzuwerben, darf man kein geringeres Handgeld bieten, als Deutschland selbst. Damit ist bereits ausgesprochen, daß es unmöglich ist, beide Staaten zugleich für den Dienst der Nation zu gewinnen. Demnach hat die Nationalpolitik ihrerseits zuerst darüber ins Klare zu kommen, ob einer und welcher der beiden Großstaaten in der Lage ist, ihren Zwecken wirksam zu dienen. Mit diesem Staat, wenn er sich findet, wird sie sich bei richtiger Berechnung so vollständig als möglich zu verkörpern suchen ohne Vorbehalte, welche die Aufgabe erschweren und nach Lösung derselben entweder überflüssig oder wirkungslos bleiben würden.“ —

Der Verfasser spricht seine Antwort nicht mit offenen Worten aus, aber da seine Ansicht von Deutschlands Zukunft durchaus optimistisch ist, da er ferner nicht in den demokratischen Irrthum verfällt, bei der Entscheidung das Heer umgehen zu wollen, da er das Heer nur durch die Vermittelung einer der beiden

Großstaaten gewinnen kann und da zwischen diesen beiden Großstaaten seine Wahrscheinlichkeit zweifelhaft ist; — so glauben wir zu der Schlußfolgerung berechtigt zu sein, daß auch nach seiner Ansicht den Gothaer Ideen die Zukunft gehört.

W o c h e n b e r i c h t.

Aus Berlin, d. 13. August. Die Zeitungen erfüllen ihre Pflicht, wenn sie an den englischen Ministern volle Gerechtigkeit üben und sie für ihre unerhörte Schwäche, für ihre Geheimnißkrämerei, für ihre Friedensliebe um jeden Preis, auch um den der Ehre Englands und des parlamentarischen Regiments in ganz Europa, Spießruthen laufen lassen. Die Strafe der Mitschuldigen, des britischen Volks und des Parlamentes selbst, wird nicht ausbleiben. Man wird sich erinnern, daß Lords und Gemeine über einige schwache Interpellationen hinaus nichts aufzubringen wußten, keine Adresse, kein Mißtrauensvotum, keine strafende Minorität, ja nicht einmal eine einzige zornentflammte Rede! Es war uns beschieden, verdienten Hohn über das Land ausschütten zu sehen, das den andern zum Vorbild der Entwicklung und des politischen Glücks dienen sollte. Seine Vertheidiger verstummen vor der beschämenden Thatsache und die polizei-begeisterten Bonapartisten haben das große Wort. Louis Napoleon hat weder die Tribüne noch die Presse zu fürchten; seine Lage ist dadurch um vieles bequemer. Er läßt versichern, daß, wenn es nach seinem Sinne gegangen, alles anders wäre. Hinterdrein stimmen schon dieselben Leute, die soeben gegen Rußland ihre Federn wehten, den Siegespsalm zu Ehren und zur Verherrlichung des friedliebenden vermittelnden Kaisers an! In keinem andern Lande und unter keinem andern Regime, es sei denn in den letzten Jahren der orleanistischen Corruption, gab sich die Publicistik in derselben Weise preis. Man sollte glauben, daß der französischen bonapartistischen Presse ein jedes Ehrgefühl tödtendes Gift anlebt, das ihre Träger ihr ganzes Leben hindurch, auch wenn sie in andere Berufskreise treten, nicht wieder los werden. Zeigt sich ein Minister als das gefügige Instrument der Intrigue, so kann man darauf schwören, daß er als Schriftsteller oder Journalist debütiert hat. So Herr Fortoul, über den Ihr Pariser Correspondent schätzenswerthe Aufklärung bringt.

Der Director des öffentlichen Unterrichts und Großmeister der Universität hat früher auch die deutsche Kunst seiner Aufmerksamkeit gewürdigt, er hat ein Buch darüber zur Welt gebracht. Die Kunst sein Glück zu machen verstand er aber noch besser. Aus dem Bureau einer Zeitung und aus einer fünf Treppen hoch gelegenen luftig literarischen Wohnung gelangte er in sein Ministerhotel. Dann war er es, der den Exzellenztitel wieder einführte und seine Ministerberichte mit dem erniedrigenden Ausdruck *sujet* schloß, der 1804 unter dem alten Napoleon wieder aufgekomen war, dann 1832, als ihn Herr v. Montalivet in der üblichen Verbindung: „Der Fürst und seine Unterthanen“ gebrauchte, einen Sturm in der Deputirtenkammer, sowie einen von 176 Deputirten unterzeichneten Protest Odilon Barrots hervorrief, und der dann eine Zeitlang